



AFP/Getty Images

**Donald Trump:**  
Der US-Präsident setzt auf  
exterritoriale  
Sanktionen.

# Terminator Trump

Donald Trump lässt seinen Worten jetzt Taten folgen: Gezielt zerstört er mit seinen Attacken auf das Freihandelsabkommen Nafta und Iran die liberale Weltwirtschaftsordnung. **Das trifft vor allem die deutsche Wirtschaft**, die wie keine andere auf offene Grenzen und politische Stabilität angewiesen ist.



**D**as alte Amerika steht am Montag dieser Woche noch einmal im Rampenlicht, das abgewählte Establishment; zwei ergraute Herren, „Fossile“ wird der eine in seiner Rede später scherzen: Joe Biden und John McCain. Der frühere demokratische Vizepräsident und der republikanische Senator. Zusammen sind sie 155 Jahre alt, nur 86 Jahre jünger als ihr Land. Der Senator trägt ein dunkelgraues Sakko über einem schwarzen Pullover, eben hat Biden ihm die Freiheitsmedaille überreicht, eine der höchsten Auszeichnungen der USA. McCains Gesicht ist fahl, seine Stimme dünn. Er leidet an Krebs. Aber noch mehr vielleicht leidet er unter Donald Trump. McCain stemmt sich mit letzten Kräften gegen den Trumpismus. „Wir leben in einem Land, das auf Idealen gegründet wurde, nicht auf Blut und Boden“, mahnt er. „Wir werden nicht in einer Welt gedeihen, in der uns Führung und Ideale fehlen.“

Danach sagt er einen Satz, der sich später wie ein Lauffeuer in den sozialen Netzwerken verbreiten wird: „Die Welt zu fürchten, die wir aufgebaut und über ein Dreivierteljahrhundert geführt haben, die Ideale zu verraten, die wir in die Welt getragen haben, die Pflichten der internationalen Führungsverantwortung zu verweigern, um irgendeinem halb-garen, abgekupferten Nationalismus zu fröhnen, der von Leuten zusammengeschestert wurde, die lieber Sündenböcke suchen, als Probleme zu lösen - das ist so unpatriotisch wie all die anderen überholten Dogmen, die Amerikaner auf den Aschehaufen der Geschichte verfrachtet haben.“

Im Saal in Philadelphia, auf Twitter oder auf Facebook: Jedem ist klar, dass der „halbgare, abge-

kupferte Nationalismus“, den McCain als ebenso unamerikanisch verdammt wie Kommunismus und Faschismus, die Politik beschreibt, die Trump betreibt. So deutlich hat bislang kaum jemand, erst recht kein Republikaner, den US-Präsidenten und seine nationalistische Agenda verurteilt.

Keine zehn Monate lenkt Trump die Geschicke der größten Volkswirtschaft der Welt. Seither macht er sich - oft laut, meistens rüpelhaft, immer unberechenbar - an die Demontage jener internationalen liberalen Weltordnung, die die Amerikaner selbst nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten und in der kaum eine Volkswirtschaft so prächtig gedieh wie die deutsche.

## US-Interessen haben Vorrang

Freihandelsabkommen? Gehören gekündigt. Beim transpazifischen Pakt TPP hat er das schon getan, die nordamerikanische Freihandelszone Nafta ist akut gefährdet. Künftig soll es mit Trump solche Abkommen nur dann noch geben, wenn sie vor allem amerikanischen Interessen dienen. Und am besten bilateral ausgedacht, damit die weltweit größte Volkswirtschaft ihre ganze Verhandlungsmacht ausnutzen kann. Der Herrschaft des Rechts folgt das Recht des Stärkeren.

Offene Märkte? Nur dann, wenn amerikanische Unternehmen am stärksten profitieren. Importe sollen mit Strafzöllen belegt werden, insbesondere dann, wenn sie aus Mexiko und China stammen. Und sollten sich die betroffenen Staaten mit Klagen vor der Welthandelsorganisation (WTO) wehren, gehört diese eben auch abgeschafft.

Gleiche Regeln für alle? Nicht mit Trump. Das bevorzugte Instrument, um amerikanische Sicher-

heits- und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, sind exterritoriale Sanktionen wie im Falle Irans und Russlands. Wie selbstverständlich nehmen die USA das Recht für sich in Anspruch, in die Rechtsordnungen von Drittstaaten einzugreifen - selbst von befreundeten Ländern.

„America first“ das war nicht nur ein äußerst erfolgreicher Wahlkampfslogan, der Trump zum Präsidenten machte. „America first“ - das ist die Maxime seines präsidentialen Handelns. „Trump ist ein Vertreter der Antimoderne“ - so bringt es Bundesaußenminister Sigmar Gabriel im Handelsblatt-Gespräch auf den Punkt. Statt Weltoffenheit nun Abschottung. Statt gemeinsamer Verantwortung „America first“. Statt fairem Welthandel nationale Deals. Statt der Stärke des internationalen Rechts das internationale Recht des Stärkeren.

Und auch das wird zunehmend zur Gewissheit: Trumps gesamte Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik gleicht einem Frontalangriff auf das deutsche Geschäftsmodell. Der amerikanische Präsident führt einen Wirtschaftskrieg und trifft - gewollt oder ungewollt - vor allem Deutschland, das wie kein anderes Land international vernetzt und deshalb auf offene Märkte und Grenzen angewiesen ist.

Eine Zahl ist es, die Trump umtreibt: 283 Milliarden Euro. Das ist der Leistungsbilanzüberschuss, den Deutschland wegen seines boomenden Exportgeschäfts in diesem Jahr erwirtschaften wird. Das ist nicht nur ein Rekordwert, sondern absolut gesehen auch der größte Überschuss weltweit, vor Japan und China. Auf der US-Wirtschaft dagegen lastet ein Leistungsbilanzdefizit von umgerechnet 440 Milliarden Euro. Für Trump sind solche Zahlen Symbol eines Betrugs an Amerika. Oder in seinen >>

Worten ausgedrückt: schlichtweg ein „schlechter Deal“. „Wenn man durch die 5th Avenue in New York geht, hat jeder seinen Mercedes-Benz vor dem Haus stehen“, klagt Trump und fragt: „Wo sind die Chevrolets auf Deutschlands Straßen?“

Tatsächlich basiert fast die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung auf Exporten von Waren und Dienstleistungen. Und die USA sind mit einem Volumen von 114 Milliarden Euro oder knapp zehn Prozent größtes Zielland deutscher Ausfuhren. Insgesamt legten die deutschen Ausfuhren in die USA in den vergangenen zehn Jahren um 64 Prozent zu.

Deshalb geht es um deutsche Interessen, wenn Trump das Nafta-Abkommen kündigt und deutschen Autobauern in Mexiko den Marktzugang erschwert. Oder wenn sein aggressiver Kurs gegen Iran eben auch deutsche Firmen zwingt, ihre Geschäfte mit Teheran zurückzufahren. Oder wenn der von Trumps Republikanern dominierte Kongress Sanktionen gegen Russland verhängt, die auch deutsche Energieunternehmen treffen könnte. Trump wollte diese Sanktionen ursprünglich nicht, hat sie aber heraufbeschworen: Zu plump war im Wahlkampf sein Flirt mit Wladimir Putin.

Der US-Präsident sieht die Welt nicht mit den Augen Angela Merkels als eine globale Gemeinschaft, sondern vielmehr als „eine Arena, wo Nationen und ihre Unternehmen um Vorteile ringen“. So begründen jedenfalls Trumps engste Vertraute, sein Wirtschaftsberater Gary Cohn und sein Sicherheitsberater HR McMaster, die „America first“-Politik ihres Präsidenten. Für Kanada ist „America first“ jedoch nichts anderes als „the winner takes it all“, wie die Regierung in Ottawa diese Woche klarstellte.

Chrystia Freeland ist aus ihrer Zeit als Journalistin in New York einen ruppigen Umgangston gewohnt. Als diese Woche jedoch der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer die kanadische Außenministerin auf offener Bühne in Washington beschuldigte, sie würde sich einer Nachbesserung des Nafta-Abkommens widersetzen, platzte der 49-Jährigen der Kragen. Kanada würde sich nur einer Weltsicht widersetzen, die „die Zeit der Berechenbarkeit, Offenheit und Zusammenarbeit um 23 Jahre zurückdreht“, sagte die Kanadierin. Mexikos Wirtschaftsminister Ildelfonso Guajardo stand daneben und schwieg mit betretener Miene. Später ließ der Mexikaner wissen, dass man sich auf ein Scheitern der Nachverhandlungen vorbereite.

Viermal haben sich die USA, Kanada und Mexiko seit Mitte August getroffen, um das 23 Jahre alte Nafta-Abkommen durch Nachbesserungen zu retten. Zwecklos, wie es scheint. Um den Druck auf Kanada und Mexiko noch etwas zu erhöhen, kündigte Trump kurz vor Beginn der Nachverhandlungen an, er werde die Abmachung vermutlich aufkündigen.



**Geschäfte in Mexiko:** BMW-Chef Harald Krüger (l.) mit dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto. BMW baut gerade ein Werk in San Luis Potosi.

REUTERS

„  
**Ich glaube, Nafta muss gekündigt werden. Sonst können wir keinen guten, neuen Deal aushandeln.**

**Donald Trump**  
US-Präsident

Freihandel ist für Trump kein Mittel, das allen Beteiligten Vorteile bringen kann. Keine „Win-win“-Veranstaltung, wie Merkel glaubt. Im Gegenteil: Trump macht Nafta für Jobverluste in den USA, das 500 Milliarden Dollar große Handelsdefizit seines Landes und die Verlagerung von Fabriken vor allem nach Mexiko verantwortlich.

Zu welch abstrusen Behauptungen der Wirtschaftsnationalismus Trumps führt, zeigt ein zweiseitiges Papier seines Handelsberaters Peter Navarro, über das diese Woche die „Washington Post“ berichtete. Demnach sollen Freihandelsverträge wie Nafta mittelbar dafür verantwortlich sein, dass es in Amerika vermehrt zu Abtreibungen, Unfruchtbarkeit und Eheproblemen komme. Empirische Belege für diese Behauptungen führt Navarro nicht an. Er weiß, dass nur die von Trump gefühlte Wahrheit zählt. Es geht im Weißen Haus nicht um objektive Analysen, sondern um die Bestätigung von Vorurteilen. In der Ära Trump schlägt das Bauchgefühl das klügste Argument.

Dieses zum Beispiel: Nach Angaben des Councils on Foreign Relations in New York ist das Handelsvolumen zwischen den drei Ländern Kanada, USA und Mexiko von 290 Milliarden Dollar 1993 auf mehr als 1,1 Billionen Dollar 2016 gewachsen. Das entspricht etwa einem Drittel des gesamten Welt Handels. Mexiko und Kanada sind nach China heute der zweit- und drittgrößte Exporteur in die USA.

Das hat zwar auch zu Jobverlusten geführt, unterm Strich fällt die Bilanz für die meisten Ökonomen jedoch positiv aus. So kommt das Peterson Institute for International Economics (PIIE) in Washington zu dem Ergebnis, dass die USA für jeden verlorenen Arbeitsplatz einen Wohlstandsgewinn von 450 000 Dollar in Form von Produktivitätszuwächsen sowie geringeren Verbraucherpreisen verbuchen konnten. „Schon die Wiedereinführung von

Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen in der nordamerikanischen Freihandelszone würde die amerikanische Volkswirtschaft schädigen“, warnt deshalb die Bertelsmann Stiftung. Langfristig würde das reale Pro-Kopf-Jahreseinkommen in den USA um rund 0,2 Prozent beziehungsweise 125 US-Dollar sinken. Nur in Kanada fiel die jährliche Einkommenseinbuße mit etwas mehr als 1,5 Prozent beziehungsweise rund 730 US-Dollar je Einwohner höher aus. Die damit verbundenen Einbußen des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) lägen in Kanada bei rund 26 Milliarden Dollar und in den USA bei 40 Milliarden Dollar, hat das Münchener Ifo-Institut für die Gütersloher Stiftung ausgerechnet.

Überhaupt nicht beziffern lässt sich das Risiko eines Börsencrashes. Die Märkte sind in den vergangenen Monaten rapide gestiegen. Manche Experten warnen schon vor einer Überhitzung. Es besteht erhöhte Explosionsgefahr. Was fehlt, ist ein Zünder.

Sollte Trump die Nachverhandlungen mit Mexiko und Kanada scheitern lassen, stünden jedoch nicht nur diese Wohlstandsgewinne auf dem Spiel. US-Außenminister Rex Tillerson rechnet mit einem Erdbeben an den Börsen und warnt, der Dow-Jones-Index könne innerhalb kurzer Zeit um 5000 Punkte fallen. Amerikas mächtigste Lobbyvereinigung, die American Chamber of Commerce, verteidigt im Interesse der US-Wirtschaft den Freihandel und liefert sich seit Monaten einen Krieg der Worte mit dem Weißen Haus. Ian Bremmer, Chef der Washingtoner Denkfabrik Eurasia Group, prophezeit nach einer einseitigen Aufkündigung des Freihandelsvertrags durch die USA eine Klagewelle in den USA, gegen die das Brexit-Chaos in Großbritannien ein Kinderspiel sei. Und Trumps Stabschef John Kelly warnt mit Blick auf Mexiko, dass die USA an ihrer südlichen Grenzen sicherlich keinen gescheiterten Staat mit 100 Millionen Menschen produzieren wollten. In Mexiko, wo im kommenden Jahr ein neuer Präsident gewählt wird, bekommt der Linkspopulist Andrés Manuel López Obrador, kurz „Amlo“ genannt, durch den von Trump entfachten Handelsstreit Auftrieb. Der US-Präsident bekäme es im Falle eines Wahlsiegs von Amlo mit einem ähnlich impulsiven Nationalisten zu tun - nur dass der „Mexico first“ auf seine Fahne geschrieben hat.

Zu den Leidtragenden des Nafta-Streits könnten aber auch ausländische Unternehmen mit Produktionsstätten in Mexiko zählen, allen voran die deutschen Autobauer Volkswagen, Audi, Mercedes und BMW. „Besonders die deutsche Automobilindustrie nutzt das Freihandelsabkommen, indem sie von der Zollfreiheit profitiert“, sagt BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang. 80 Prozent aller von deutschen Autobauern in Mexiko produzierten Fahrzeuge werden in die USA exportiert. Das könnte sich selbst

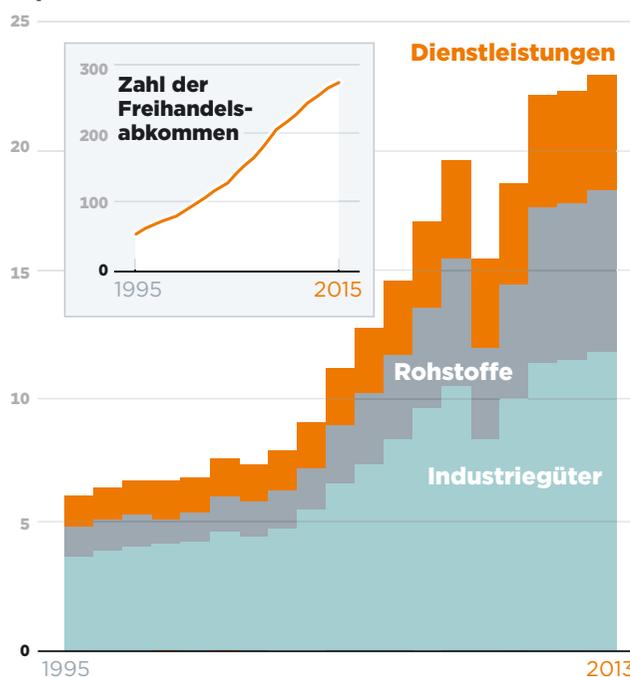
**Unterschiede**

**Leistungsbilanzsaldo** in Mrd. Euro



**Aufwärtstrend**

**Exporte weltweit** in Bill. US-Dollar



**Sanktionen**

**Strafen für europäische Banken** wegen Verstößen gegen US-Sanktionen

Bank	Datum	Strafe
<b>BNP Paribas</b>	<b>Juli 2015</b>	<b>8,90</b> Mrd. US\$
HSBC	Dez. 2012	1,90 Mrd. US\$
Commerzbank	März 2015	1,45 Mrd. US\$
Standard Chartered	Dez. 2012	0,97 Mrd. US\$
ING	Juni 2012	0,62 Mrd. US\$
Credit Suisse	Dez. 2012	0,54 Mrd. US\$
ABN Amro	Mai 2010	0,60 Mrd. US\$
Lloyds	Jan. 2009	0,35 Mrd. US\$
Barclays	Aug. 2010	0,30 Mrd. US\$
Deutsche Bank	Nov. 2015	0,26 Mrd. US\$
Royal Bank of Scotland	Dez. 2013	0,10 Mrd. US\$

Quellen: IWF, eigene Recherche, UNCTAD, WTO

dann ändern, wenn Trump das Nafta-Abkommen nicht kündigt, aber im Sinne von „America first“ umschreibt. Bestehen die Amerikaner doch darauf, dass künftig mindestens 50 Prozent aller Zulieferteile eines von Mexiko nach Amerika eingeführten Pkws aus den USA stammen müssen. Das würde die fein justierten globalen Lieferketten der großen Konzerne förmlich zerreißen.

Das ist jedoch nur eine Forderung, mit der die US-Administration die Verhandlungen mit Mexiko und Kanada an den Rand des Scheiterns gebracht hat. Washington möchte das neue Nafta-Abkommen alle fünf Jahre auslaufen lassen und neu verhandeln. Ein Unsicherheitsfaktor für alle Unternehmen, die langfristige Investitionen in Nordamerika planen. Und schließlich will Trump auch den gemeinsamen Mechanismus abschaffen, mit dem bislang Handelskonflikte innerhalb der Nafta gelöst wurden. Recht bekommt dann der Stärkere - das heißt, die USA. Wozu das führen kann, konnte man diese Woche bereits im Fall des kanadischen Flugzeugbauers Bombardier beobachten. Die Kanadier verkauften die Kapitalmehrheit an ihrer C-Serie an Airbus - auch um den von Washington bereits angedrohten Strafzöllen von 300 Prozent zu entgehen. Airbus will die Jets nun in Amerika zusammenbauen. Das ist ganz im Sinne Trumps.

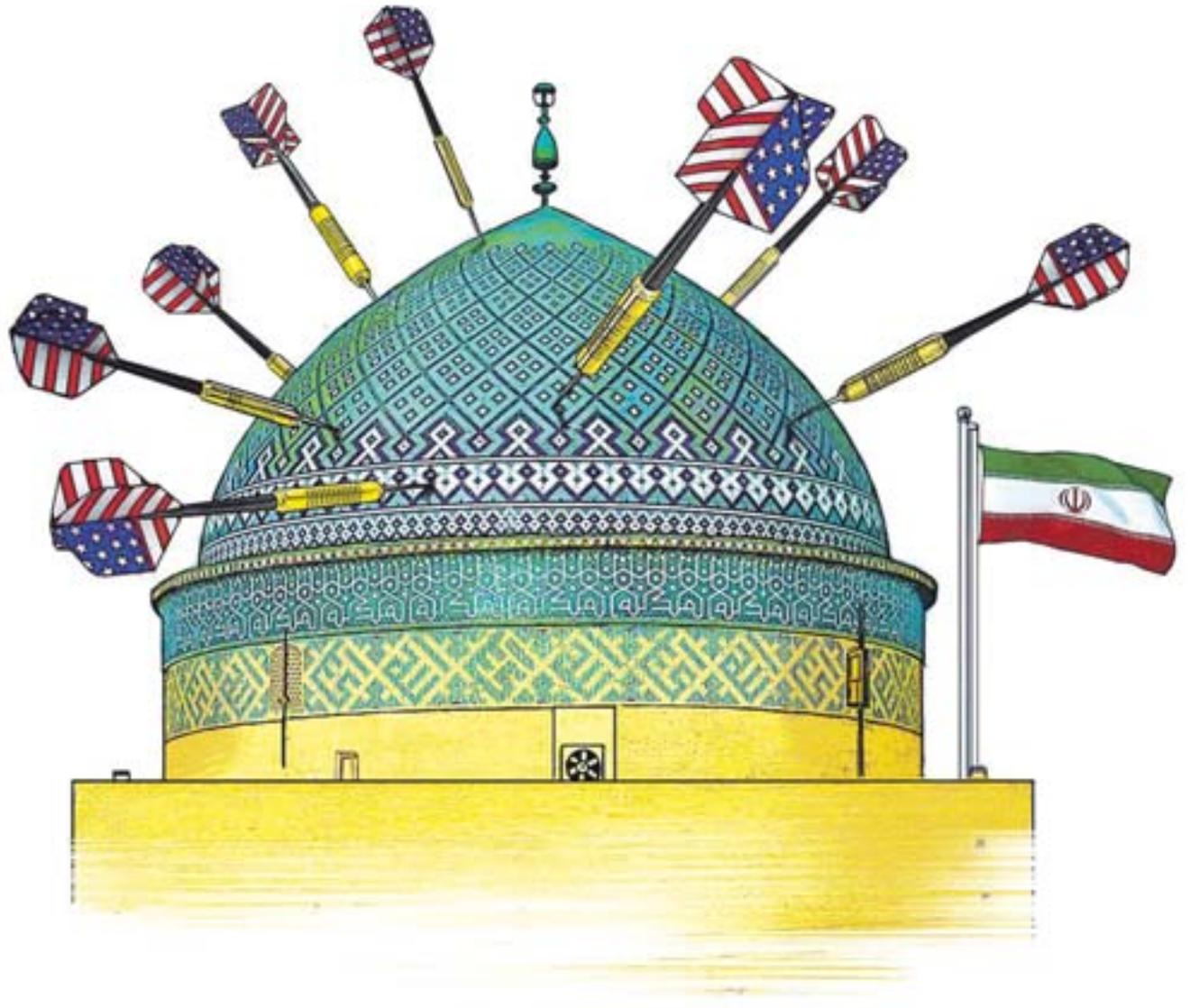
Der US-Präsident muss kaum fürchten, dass andere Länder ihn wegen seiner „America first“-Politik vor den Kadi der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf ziehen. Die USA blockieren im Moment die Besetzung mehrerer vakanter Richterstellen beim Berufungsgericht der WTO. Die EU-Wettbewerbskommissarin Cecilia Malmström warnt, die USA würden damit die Existenz der WTO gefährden. Und WTO-Chef Roberto Azevedo erinnert daran, dass eine Welt ohne eine „multilaterale Lösung von Handelskonflikten“ unweigerlich zu Handelskriegen führe. „Das wäre schlecht für alle Staaten - ohne Ausnahme“, sagte Azevedo diese Woche in New York.

### Risiko Iran

„America first“ gilt natürlich nicht nur in der Handels-, sondern auch in der Sicherheitspolitik. Das zeigt der aktuelle Streit um das Atomabkommen mit Iran. Zugleich wird bei diesem Konflikt aber auch deutlich, wie eng geopolitische und geökonomische Auswirkungen von Trumps Nationalismus miteinander verwoben sind. Dass sich der US-Präsident jetzt weigert, das Atomabkommen mit Teheran zu zertifizieren, und damit den international ausgehandelten Vertrag einseitig infrage stellt, schürt nämlich nicht nur die „Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung“, wie Bundesaußenminister Sigmar Gabriel warnt. Sollte Amerika den Nukleardeal platzen lassen und die alten Wirtschaftssanktionen wieder einführen oder einfach seine anderen Strafmaßnahmen gegen Teheran verschärfen, dann hätte das gerade auch für die Wirtschaft in Europa gravierende Folgen. „America first“ heißt in diesem Fall, dass den europäischen Unternehmen kaum etwas anderes übrigbliebe, als sich nach Uncle Sam zu richten.

Für Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries sind US-Sanktionen, die auch europäische Firmen zwingen, die Politik Washingtons zu unterstützen, „schlicht und ergreifend völkerrechtswidrig“. Das stellte die Ministerin klar, als der US-Kongress im Sommer neue Strafmaßnahmen gegen Russland, Iran und Nordkorea verhängte. Ein Dorn im Auge sind den Europäern vor allem die geplanten Sanktionen im Energiebereich, die möglicherweise die Beteiligung europäischer Firmen am Pipelineprojekt „Nordstream 2“ gefährden könnten. „Es bleibt dabei, dass wir eine extraterritoriale Anwendung dieser US-Sanktionen gegen europäische Unternehmen auf keinen Fall akzeptieren werden“, betonte Gabriel damals. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker drohte gar damit, notfalls „zu den Waffen zu greifen“ - gemeint sind handelspolitische Sanktionen gegen die USA.

Die extraterritoriale Wirkung von US-Sanktionen ist seit langem ein Ärgernis für Europa. Viele Strafmaßnahmen der Amerikaner gegen andere Länder wirken nicht nur primär gegen dortige Personen und Unternehmen. Ganz bewusst setzt Washington auch seine wirtschaftlichen Muskeln ein, um Unternehmen in Drittstaaten auf seine politische Linie zu bringen. Bereits 1995 kam es deshalb zum transatlantischen Streit, als Washington sein Handelsembargo gegen Kuba verschärfte und mit dem sogenannten „Helms-Burton-Gesetz“ auch auf ausländische Unter-



nehmen ausweitete. Kurz danach belegten die USA mit dem „Iran Libya Sanctions Act“ von 1996 auch den iranischen Energiesektor mit einem Embargo und bestrafte auch ausländische Firmen, die sich im Mullah-Staat geschäftlich engagierten. „1996 zwang der Kongress die Regierung von Bill Clinton, Investitionen in den iranischen Energiesektor zu sanktionieren. Die EU reagierte mit einem Gesetz, das es europäischen Unternehmen verbot, sich an diese US-Sanktionen zu halten, und drohte mit einer Klage vor der Welthandelsorganisation. Am Ende gaben die USA nach“, erinnert sich der amerikanische Spitzendiplomat Antony Blinken, der Ex-Präsident Obama als Vizeaußenminister und stellvertretender Sicherheitsberater diente.

Die Europäer reagierten auf den Alleingang der USA mit einer Anti-Boycott-Verordnung (EU 2271/96). Diese soll die europäischen Unternehmen davon abhalten, die von Washington installierten Sanktionen umzusetzen, soweit sie durch europäisches Recht nicht gedeckt sind. Im deutschen Außenwirtschaftsgesetz (Paragraf 7 AWG) findet sich eine nahezu gleichlautende Vorschrift. Zudem wollten die Europäer den Streit über extraterritoriale US-Sanktionen auch vor dem Schiedsgericht der WTO klären lassen. Doch die USA blockierten das Vorhaben mit dem Hinweis, dass dies in die „nationale Sicherheit“ Amerikas eingreifen würde und die WTO deshalb darüber nicht zu befinden habe.

Obwohl Europa und die USA mit ihren Sanktionen gegen Russland und Iran lange Zeit an einem gemeinsamen Strang zogen, kam es immer wieder zu

„  
Die  
beschlossen,  
aber  
noch nicht  
angewandten  
Sanktionen  
schweben  
wie ein  
Damoklesschwert  
über  
den deutschen  
Unternehmen.

Matthias Schepp  
Geschäftsführer der  
Deutsch-Russischen  
Auslandshandels-  
kammer.



**Geschäfte im Iran:** Siemens-Chef Joe Kaeser (2. v. r.) im Gespräch mit dem iranischen Außenminister Javad Zarif auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.

Streitigkeiten. Insbesondere im Finanzsektor verschärfte die Amerikaner nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 mit dem Patriot Act ihre Strafmaßnahmen gegen ausländische Banken. Da die USA mit dem Dollar über die Weltleitwährung verfügen und das Clearing von Dollar-Transaktionen grundsätzlich dem amerikanischen Recht unterliegt, sind die Durchgriffsmöglichkeiten hier besonders groß. So musste die französische Großbank BNP Paribas im Jahr 2014 eine Rekordstrafe von 8,9 Milliarden Dollar zahlen, weil sie nach US-Recht verbotene Transaktionen mit Iran, Kuba und dem Sudan gemacht hatte. Darüber hinaus durften die Franzosen ein Jahr lang keine Dollar-Clearing-Geschäfte im Öl- und Gassektor vornehmen. Auch deutsche Institute wie die Commerzbank und die Deutsche Bank mussten wegen Verstößen gegen US-Sanktionen tief in die Tasche greifen (siehe Grafik).

Obwohl nach dem Atomdeal im Juli 2015 die meisten Sanktionen der Vereinten Nationen und Europas gegen Iran gestrichen wurden, laufen unilaterale US-Sanktionen gegen das Land weiter: Die wegen Menschenrechtsverletzungen erlassenen Maßnahmen verbieten den Einsatz von Dollar im Iran-Geschäft, das Engagement amerikanischer Firmen dort und hindert die allermeisten Banken wegen ihrer Geschäfte in den USA sogar, deutschen Firmen Handelsfinanzierung oder Kreditlinien im Iran-Handel zu gewähren. Nur Sparkassen und die DZ Bank und kleinere Institute gewähren eine Finanzierung. Inzwischen nahmen sogar chinesische Banken, die auch in den USA vertreten sind, kein Geld von Iranern mehr an - um es etwa an deutsche Lieferanten zu überweisen, erfuhr das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen. Die Deutsche Bank hatte bereits vor einigen Jahren reihenweise Iranern ihre Konten gekündigt - obwohl die Wirtschafts- und Finanzstaatssekretäre Matthias Machnig und Thomas Steffen fast jede deutsche Bank schriftlich baten, das Iran-Geschäft zu intensivieren. Nach Handelsblatt-Informationen ist nicht einmal jede der staatlichen Landesbanken dazu gebracht worden, Iran-Geschäfte zu finanzieren.

Seit Trumps jüngsten Attacken auf Iran überlegten US-Firmen, die über europäische Töchter den iranischen Markt erkundeten, und große europäische Konzernen einen erneuten Rückzug, hieß es aus Industriekreisen. Das Thema neuer Sanktionen der USA gegen Russland und Iran treibt die deutsche Wirtschaft immer intensiver um. Zuletzt hat es an diesem Dienstag ein Treffen von Industrieverbänden mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums gegeben. Vor allem die extraterritoriale Anwendung der

Strafmaßnahmen durch Washington bereite inzwischen zahlreichen deutschen Firmen Sorgen, heißt es unisono in Verbänden und Unternehmen.

„Die beschlossenen, aber noch nicht angewandten Sanktionen schweben wie ein Damoklesschwert über den deutschen Unternehmen“, sagt der Geschäftsführer der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK), Matthias Schepp. Gegen die bis Anfang November nun auszuarbeitenden neuen US-Sanktionen seien „die Bedenken sehr, sehr groß“, sagt auch Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft.

Das liegt auch daran, dass deutsche Firmen leicht in die Fänge der US-Justiz kommen können: „Vielen Unternehmen wird gerade erst bewusst, dass sie möglicherweise einen US-Bezug haben und mit ihren Iran-Plänen somit unter die Genehmigungspflicht von der US-Behörde Ofac fallen“, sagt Sascha Kuhn, Partner und Wirtschaftsstrafrechtler bei der Kanzlei Simmons & Simmons in Düsseldorf. Die „Amerikaner sind da ziemlich erfinderisch. Und es gibt oft einen viel engeren US-Bezug, als man glaubt“, ist Kuhn sicher. Für einen US-Bezug reiche es bereits aus, wenn involvierte Mitarbeiter im Unternehmen US-Staatsbürger seien, eine US-Steuer-ID-Nummer oder Greencard hätten, das Geschäft in US-Dollar abgewickelt werde und damit das Clearing in den USA stattfinde oder auch nur Serverleistung aus den USA genutzt werde. Und, so Kuhn: „Je weiter USA und Europa auseinanderrücken, desto schwieriger wird es.“

Die meisten deutschen Firmen wollen sich wegen der Angst vor US-Strafen an amerikanische Sanktionen halten, aber laut Paragraf 7 Außenwirtschaftsgesetz dürfen sie zumindest niemals erklären, dass sie dies tun. Sonst droht ihnen theoretisch ein Bußgeld von bis zu einer halben Million Euro. Oft verlangt Washington bei US-Geschäften jedoch, dass ausländische Firmen sich nach dem amerikanischen Sanktionsrecht richten. Das Abgeben einer solchen Erklärung aber ist nach deutscher Außenwirtschaftsverordnung strafbar. Denn es verstößt gegen das Boykottverbot. Mit diesem Dilemma werden die Unternehmen meist alleingelassen. „Das Thema ist in Unternehmen sehr präsent, das treibt sie um. Ich halte das aber für verfassungswidrig“, sagt Sanktionsexperte Kuhn. Das Boykottverbot sei juristisch nicht ausreichend transparent, und es gebe keine Rechtsprechung dazu.

### Bissige Amerikaner

Vor die Frage gestellt, ob sie sich an US-Sanktionen halten oder Angst vor dem deutschen Boykottverbot haben, sagt ein Vertreter eines deutschen Großunternehmens: „Angst vor der EU oder der Bundesregierung? Die USA beißen, Europa hat doch bisher eher kariöse Zähne.“ Allerdings sorgten sich deutsche Firmen bereits, ob sie sich an der neuen Ost-seepipeline Nordstream 2 beteiligen sollten, am Bau einer russischen Staatslimousine durch den Staatskonzern Rostech mitwirken oder mit der Staatsbahn RZD eine Schnellbahn entwickeln sollten.

Für die deutsche Wirtschaft steht viel auf dem Spiel - vor allem in Russland. „Wenn es gut ist, an einigen Stellen, dann ist die Eisschicht nur zehn Meter dick, manchmal aber auch 15 Meter. Da muss man den Eispanzer fast wegsprengen“, berichtet Ruslan Sarijew. Der dick eingepackte Sibirjake steht in seinem roten Arbeitsanzug und mit dicker Mütze unter dem weißen Schutzhelm vor dem gewaltigen Bohrturm. Seit gut vier Jahren nun bohrt der Objektleiter hier in Russlands höchstem Norden nach Erdgas. Der Bohrmeißel frisst sich gut 3500 Meter tief durch den Permafrost und den Eispanzer oben drauf.

Um ihn herum: Hunderte Kilometer Nichts. Nur schneeweiße, leere Landschaft, nicht einmal verschneite Bäume, nur gefrorene Moore, erstarrte Flüsse, Tümpel, Taiga. Hölle aus Eis und Schnee nannten Alexander Solschenizyns Gulag-Helden die Gegend, wo wie hier auf der Jamal-Halbinsel nur knapp sechs Monate im Jahr das Eis schmilzt und der mächtige Strom Ob in die Karasee mündet.

Der Bohrturm kommt vom russischen Maschinenbauer Uralmasch, denn westliche Servicegesellschaften wollten nicht kommen wegen der Sanktionen gegen Russland. Allerdings trifft dies nur den Bohrturm. Ansonsten: „Die Sanktionen?“, fragt Jewgenij Kot, der Generaldirektor von Yamal LNG, wie dieses Gemeinschaftsprojekt des russischen Erdgaskonzerns Novatek am Rande des Eismeers offiziell heißt. „Na ja, wir stehen zwar auf der Sanktionsliste. Das heißt für uns, dass US-Banken uns nicht finanzieren können. Das ist das Einzige, was uns trifft. Praktisch



**Geschäfte in Russland:** BASF-Chef Kurt Bock (r.) trifft den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Erst vergangene Woche hat BASF eine neue Anlage für Bauchemikalien in Sankt Petersburg in Betrieb genommen.

picture alliance / ZUMAPRESS.COM

„  
Es muss politisch gelingen, einen Ausweg aus der west-östlichen Sanktionsspirale zu finden.“

Wolfgang Büchele  
Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft

bekommen wir hier aber nichts zu spüren.“

Tatsächlich hebt am nagelneuen Hafen Sabetta ein Liebherr-Kran die Lasten aus dem stählernen Bauch des Schiffs „Nowaja Semlja“. Siemens liefert acht riesige Gasturbinen, Rivale GE die Kompressoren. Von BASF kommen Chemikalien zur Behandlung von Flüssiggas, französische Konzerne um Vinci Construction bauen mit Caterpillar-Gerät gigantische Tanks. Und aus den chinesischen, indonesischen und philippinischen Werften stammen Module einer Gasverflüssigungsanlage. In jedem der Tanks sollen bis 2019 jeweils 160 000 Kubikmeter Flüssiggas bei minus 162 Grad eingelagert und dann per LNG-Tanker auf die Weltmärkte geliefert werden.

Kommen allerdings neue US-Sanktionen, die eben jedes ausländische Engagement in der russischen Energiewirtschaft treffen sollen, wird es eng für Anteilseigner Total und Lieferanten wie Siemens & Co. Die Münchener haben ohnehin schon wegen der Lieferung von Turbinen auf die von Russland annektierte ukrainische Halbinsel Krim - wohin jedwede Ladungen unter Sanktionen stehen - mächtig Ärger. Siemens sagt, ein russischer Auftragnehmer habe die Anlagen vertragswidrig umgeleitet.

Während Novatek aufgrund seines Miteigentümers, des Putin-Intimus Gennadi Timtschenko, auf der Sanktionsliste steht, ist Gasgigant Gazprom bislang nicht gelistet. Auch das könnte sich für den Kremlkonzern und engen Geschäftspartner zahlreicher europäischer Versorger ändern im Falle der binnen drei Wochen erfolgenden Ausführungsbestimmungen zu den erklärten neuen US-Strafmaßnahmen gegen Putins Riesenreich. Vor allem die Partner bei Nordstream 2 - neben Gazprom (Russland), Uniper und Wintershall (beide Deutschland), Royal Dutch Shell, OMV (Österreich) und Engie (Frankreich) - machen sich Sorgen.

Aber auch deutsche Unternehmen helfen kräftig dabei, die 2015 auf dramatische 6,9 Milliarden Dol-

lar zusammenschmolzenen und 2016 wieder auf 33 Milliarden Dollar gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen in Putins Reich weiter zu steigern: Daimler baut ein Werk bei Moskau, BASF eröffnet eine weitere Produktionslinie bei St. Petersburg, Gasespezialist Linde errichtet mit dem russischen Giganten Gazprom ein Werk an der Ostsee, und der Handelsriese Metro baut neue Filialen rund um die Hauptstadt. Auch der deutsche Mittelstand ist schwer aktiv: Das Heizkesselunternehmen Viessmann investiert in Lipezk, der Elektrokomponentenhersteller Phoenix Contact bei Moskau, der Saatguthersteller Petkus in Krasnodar.

Die deutsche Industrie ist groß aufgestellt im Riesenreich, wo 6000 deutsche Unternehmen vertreten sind. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen liefern „trotz der aktuellen Probleme in der Politik“ wieder gut, betonte Wladimir Putin bei einem Treffen mit dem OA vorige Woche. Allerdings sei Deutschland inzwischen hinter China als nur noch zweitgrößter Lieferant des Riesenreichs zurückgefallen, stichelte der Kremlchef. Der deutsch-russische Handel hat im ersten Halbjahr 2017 mit einem Plus von rund einem Viertel wieder stark zugelegt. Und zu seiner Freude beschäftigen die gut 5000 in seinem Land tätigen deutschen Unternehmen 270 000 russische Mitarbeiter. Volkswagen, Siemens, Zulieferer Schaeffler, Landmaschinenhersteller Claas und viele andere haben eigene Werke oder Joint Ventures zwischen Kaliningrad und Kamtschatka.

### Abkehr von Sanktionen

Und der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, hofft: „Es muss politisch gelingen, einen Ausweg aus der west-östlichen Sanktionsspirale zu finden. Anstelle weiterer Wirtschaftssanktionen, wie sie die USA gerade beschlossen haben, brauchen wir neue, kreative Ansätze zur friedlichen Lösung des Ukraine-Konflikts, gerade auch im Interesse der leidenden Zivilbevölkerung“, sagte Büchele dem Handelsblatt.

Auch Iran hat die deutsche Wirtschaft vor allem nach dem Ende der Sanktionen im Juli 2015 wieder magisch angezogen. Dort war Deutschland einmal der größte ausländische Lieferant und ist weit hinter China zurückgefallen. Während der Sanktionen rückten VW, Daimler, Siemens, Allianz, BASF und andere Große von Iran-Geschäften ab. Nur kleine Unternehmen hielten die Treue. Nun sind auch die Konzerne wieder da: Siemens hat Lieferverträge für Turbinen mit dem privaten iranischen Mapna-Konzern für über eine Milliarde Euro vereinbart, noch größer soll das Engagement im Eisenbahnbereich werden. Daimler hat eine Absichtserklärung zur Truck-Produktion mit Iran Khodro Diesel sowie zum Iran-Vertrieb von Kleinlastern abgeschlossen. Bilfinger modernisiert eine Raffinerie. BASF und Linde verhandeln über Gaseproduktion und den Einstieg in die Petrochemie des Landes mit den größten Gasvorkommen der Welt.

Es ist ein Wechselbad der Gefühle: Enttäuschungen und Verzögerungen bei Vertragsabschlüssen und neues Iran-Geschäft wechseln sich ab. Der Kreditversicherer Hermes hat bereits Iran-Neulieferungen nach Aufhebung der Sanktionen im Umfang von 430 Millionen Euro abgesichert. Zuletzt hat der Stuttgarter Kfz-Zulieferer Mahle nach einem Vertrag über die gemeinsame Entwicklung von Drei-Zylinder-Turbo-Benzinmotoren im August vorige Woche mit Iran Khodro - dem größten iranischen Autohersteller - eine Absichtserklärung für Motoren, die Benzin und Gas verbrennen, unterzeichnet.

Andere Nachrichten kamen indes von Volkswagen: Der Wolfsburger Autokonzern gibt sich inzwischen zurückhaltend. Er wollte eigentlich mit Mammut kooperieren, einem Unternehmen, das einer deutsch-iranischen Industriellenfamilie gehört und in Iran Scania-Lkws fertigen soll. Doch das Projekt steht momentan infrage. Nach Angaben aus der Industrie hat der in den USA wegen des Dieselskandals gebeutelte Konzern die amerikanische Ofac-Ausfuhrgenehmigungsbehörde um Zustimmung zu VWs Iran-Plänen gebeten. Eine Ofac-Zustimmung für den Flugzeug-Export haben zuvor bereits Airbus und Boeing erhalten, die Milliarden deals mit den Persern abgeschlossen haben. Die Prüfung in den USA kostet aber erheblich Zeit. Peugeot und Renault produzieren bereits wieder in Iran und weiten ihre Produktion derzeit erheblich aus.

BASF lässt sich inzwischen wieder Zeit: „Wir sehen nicht, dass die Sanktionen so schnell gestrichen werden wie zunächst erwartet“, hatte BASF-Chef



Kurt Bock auf der Bilanzpressekonferenz im Februar die neue Iran-Zurückhaltung begründet. Das trifft auch das geplante Engagement der Öl- und Gas-Tochter Wintershall: „Wir haben in Iran die Hoffnung, unser Produktionsportfolio erweitern zu können“, sagte Wintershalls General Manager Middle East, Uwe Salge, dem Handelsblatt auf der Ölmesse in Teheran. Wintershall verhandelt über eine Beteiligung an einem Onshore-Ölfeld bei Ahwaz im Südwesten Irans, an dem der staatliche Ölkonzern NIOC, private iranische Firmen und die Kasseler beteiligt wären. Ob es nun zum Durchbruch kommt, weiß Salge nicht: „Vieles hängt aber an der Entwicklung in den USA.“

Die Franzosen sind indes deutlich weiter. Allen voran - wie bei Russlands Novatek - Total: Wie vor den Sanktionen ist der französische Öl- und Gaskonzern dabei, eine Milliarde Euro in die Entwicklung eines der etwa 20 Abschnitte von South Pars stecken. Das ist das weltgrößte Gasvorkommen unter dem Persischen Golf, das sich Iran und Katar teilen. Auch die Autobauer PSA und Renault sind schon weiter als die Deutschen: Sie produzieren bereits bei Teheran. Renault-Chef Carlos Ghosn will dort bald auf 250 000 Kfz jährlich kommen - wenn ihn neue US-Sanktionen nicht hindern.

Insgesamt waren die ausländischen Direktinvestitionen im im März abgelaufenen iranischen Geschäftsjahr um 3,1 auf elf Milliarden Dollar gestiegen, und das Wirtschaftswachstum betrug nach iranischen Angaben 11,6 Prozent, laut Weltbank 5,8 Prozent. Die Ölproduktion und der -export konnten stark gesteigert werden und brachten so enorme Summen in den Haushalt. Der staatliche iranische Ölkonzern NIOC konnte im September seine Ölexporte auf 2,3 Millionen Barrel gegenüber dem Vorjahr verdoppeln.

Diese Erfolge werden angesichts der drohenden Strafverschärfungen aus Washington fraglich: „Das politische Risiko-Premium für Investitionen in Iran ist gestiegen und wird langfristige Ramifikationen für Irans Wirtschaft haben“, ist sich die unabhängige Energieanalytikerin Cornelia Meyer sicher. Westliche Konzerne ließen „ein weites Feld Investoren aus China oder Russland“.

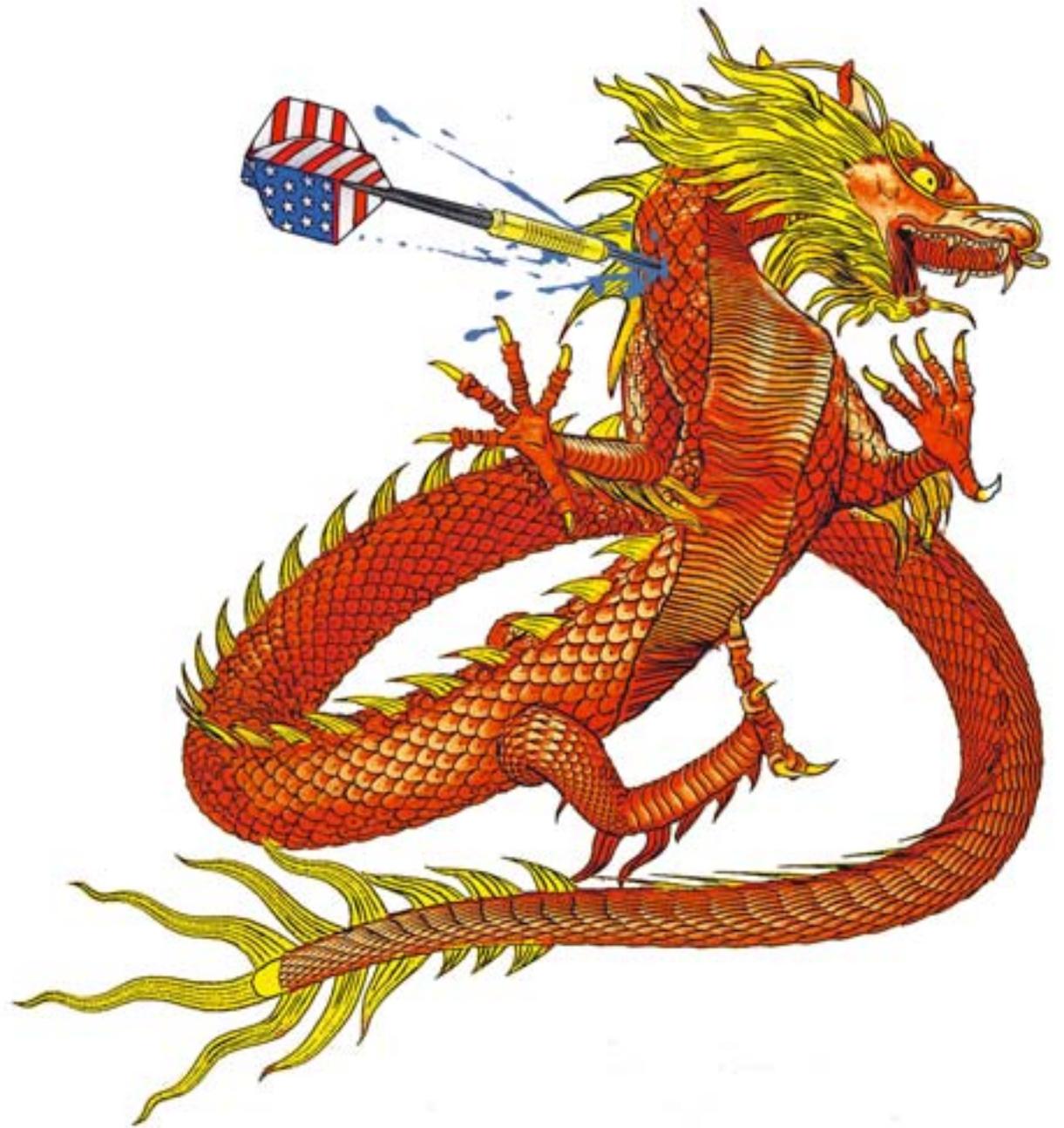
So laut die Empörung der Europäer über die „America-first“-Politik Trumps ist, so wenig können sie in der Praxis gegen den langen Arm der USA machen. „Die Unternehmen müssen eine Güterabwägung vornehmen: Ist ihnen ihr US-Geschäft wichtiger oder der Auftrag aus Iran oder Russland?“, sagte Julia Pfeil, Wirtschaftsadvokatin bei der Kanzlei Baker McKenzie in Frankfurt. Sie erinnert daran, dass auch die EU die extraterritoriale Wirkung der eigenen Sanktionen in Kauf nimmt - wenn auch weit weniger aggressiv als die USA. „Verstößt ein Unternehmen aus einem Drittland gegen die EU-Sank-

tionen, dann kann es vom EU-Markt ausgeschlossen werden“, erklärt die Anwältin.

„Die rechtlichen Möglichkeiten, gegen extraterritoriale Sanktionen wirksam vorzugehen, sind sehr begrenzt“, sagt Gabriel Felbermayr, Handelsexperte beim Münchener Ifo-Institut, „daher sollten Deutschland und Europa überlegen, ob man sich nicht ähnliche Instrumente zurechtlegen sollte, wie sie die USA anwenden.“ Schließlich würden auch deutsche Sanktionen gegenüber Ländern wie Nordkorea von Dritten unterlaufen. „Die Androhung extraterritorialer Sanktionen kann solches Trittbrettfahrerverhalten eingrenzen“, betont der Ökonom. Außerdem müsse man die Amerikaner davon über-

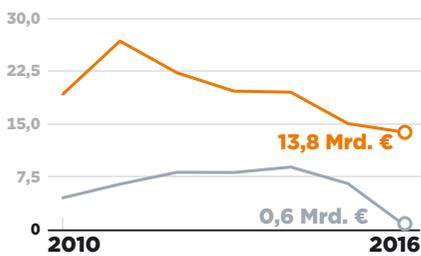
zeugen, dass unilaterale Aktionen, selbst wenn sie von extraterritorialen Sanktionen begleitet würden, immer weniger effektiv und volkswirtschaftlich teurer seien als abgestimmte multilaterale Aktionen.

Auch Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, plädiert dafür, den Druck auf die USA zu erhöhen: „Die geschlossene Haltung der Europäer und der Amerikaner gegenüber Russland nach der Annexion der Krim und dem Einmarsch russischer Truppen in der Ostukraine hat gezeigt, dass der Westen noch in der Lage ist, in zentralen Fragen der Außenpolitik eine gemeinsame Haltung einzunehmen.“ Die Europäer sollten unmissverständlich klarmachen, dass sie einseitige Sanktionen, die ihre

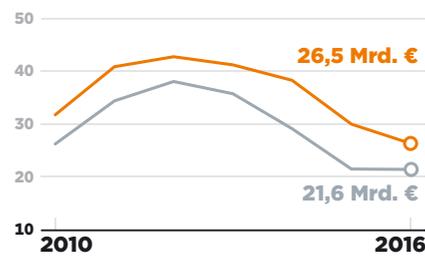


**Außenhandel**

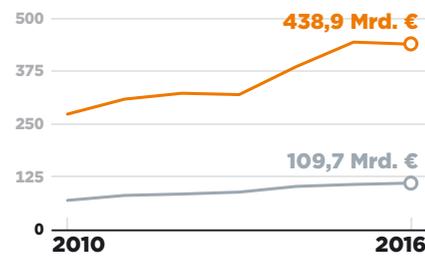
**Handelsvolumen Russland** in Mrd. Euro  
USA → Russland  
Russland → USA



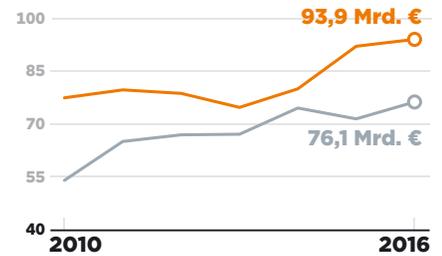
**Deutschland → Russland**  
Russland → Deutschland



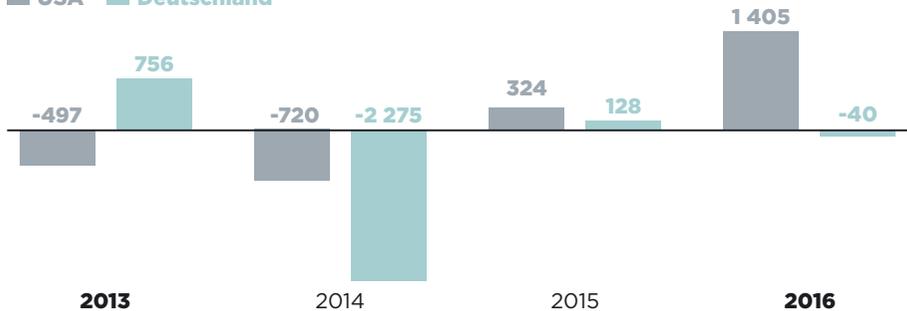
**Handelsvolumen China** in Mrd. Euro  
USA → China  
China → USA



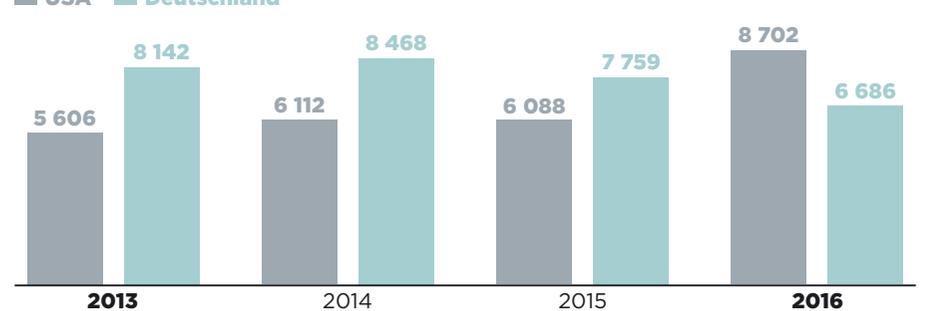
**Deutschland → China**  
China → Deutschland



**Direktinvestitionen nach Russland** in Mio. Euro  
USA Deutschland



**Direktinvestitionen nach China** in Mio. Euro  
USA Deutschland



HANDELSBLATT // Negative Zahl bei Direktinvestitionen = Kapitalabfluss

Quellen: United States Census Bureau, Destatis, Deutsche Bundesbank, Bureau of Economic Analysis

eigenen wirtschaftlichen Interessen berühren, nicht hinzunehmen bereit seien. „Amerika ist das einzige Land auf der Welt, das für sich in Anspruch nimmt, in die Rechtsordnungen auch befreundeter Staaten einzugreifen. Diese Extraterritorialität des amerikanischen Rechtssystems ist für sich genommen ein Ärgernis“, sagte Merz. Wenn Sanktionsregime aber direkten Einfluss nehmen auf ökonomische und politische Entscheidungen anderer Staaten, dann werde dies vollends inakzeptabel. Altkanzler Gerhard Schröder sieht das genauso: „Mein Wunsch ist es, dass die EU-Kommission sehr deutlich macht, dass dies eine Art von Ausübung von Druck ist, die gar nicht geht. Und ich gehe auch davon aus, dass die neue deutsche Bundesregierung ähnlich verfährt.“

Den US-Präsidenten dürfte das kaum beeindruckt. Bisherige Präsidenten waren Gestalter, Trump verhält sich wie ein politischer Vandale. Er reißt die Errungenschaften seiner Vorgänger nieder, ohne sich um die Folgen zu scheren. Von einer „Abrissbirnen-Präsidentschaft“ schreibt das Magazin „New Yorker“. Das Establishment schaut hilflos zu. „Die Bedeutung unserer Zusagen steht infrage, überall, in jedem Abkommen“, klagt Blinken, einer der Architekten des Iran-Deals. „Jeder, der sich mit den USA auf Geschäfte einlässt, muss sich fragen, ob unsere Unterschrift mehr wert ist als das Blatt, auf dem sie steht.“ Sollten die USA wirklich neue Sanktionen erlassen und sich damit aus dem Abkommen verabschieden, sind zwei Szenarien denkbar. Iran könnte sein Atomprogramm wieder aufnehmen - in diesem Fall könnte ein neuer Krieg im Nahen Osten drohen. Weder die USA noch Israel werden zulassen, dass Iran Atommacht wird. Möglich ist aber auch, dass Iran das Abkommen weiter einhält, um der Welt zu zeigen, wie isoliert die Amerikaner sind. Dann würde Trump versuchen müssen, die Europäer dazu zu zwingen, ebenfalls ihre Geschäftskontakte zu Teheran abzubauen. Das Ergebnis neuer Sanktionen wäre also entweder ein erhöhtes Risiko eines Konflikts mit Iran oder eine Krise der transatlantischen Allianz.

Die Europäer haben die Hoffnung aber noch nicht aufgegeben, die größten Risiken der „America first“-Politik eindämmen zu können. Deutsche, Franzosen und Briten mobilisieren all ihre verfügbaren diplomatischen Kräfte, auf dem Capitol Hill geben sie sich die Klinke in die Hand. Ihr Ziel: den US-Senat davon abzubringen, das Atomabkommen aufzuschneiden. Fast 40 Senatoren haben die europäischen Diplomaten schon getroffen, sie kommen als Lobbyisten der Konfliktvermeidung, und für Trumps Parteifreunde haben sie ein Angebot: eine gemeinsame Strategie des Westens gegen Iran als Unruhestifter und Konfliktpartei im Jemen, im Irak und in Syrien. „Lasst uns über gezielte Strafen für Irans Gebaren in der Region nachdenken“, sagen die Europäer. „Auch wir sind tief beunruhigt über

Irans Raketentests und die Einmischung Teherans in die Bürgerkriege der Region.“

Allerdings besteht Europa auf einer Bedingung: Die Eindämmungsstrategie muss klar von dem Atomabkommen getrennt sein. Von einer „Firewall“ spricht Bundesaußenminister Gabriel. Nur wenn die Amerikaner den Nuklearpakt bewahren, können sich die Europäer vorstellen, sich auf gemeinsame diplomatische und gezielte sanktionspolitische Initiativen mit den USA einzulassen.

**Umdenken in Europa**

Mexiko, Russland, Iran - die aggressive Politik der USA gegen diese Länder trifft teilweise direkt, teilweise indirekt die deutsche Wirtschaft. Sollte Trump seine Drohung gegenüber China, der zweitgrößten Volkswirtschaft, wahr machen, geht es allerdings um ganz andere Dimensionen. Trump wirft der Volksrepublik Wechselkursmanipulation vor und droht offen mit Strafzöllen. Sollte aus diesem Konflikt ein Handelskrieg erwachsen, hieße einer der großen Verlierer einmal mehr Deutschland.

Wie aber könnte eine Strategie im Umgang mit den USA unter Trump aussehen? „Ich denke, wir Europäer haben unser Schicksal selbst in der Hand“, hatte Kanzlerin Merkel nach dem mittlerweile legendären G7-Gipfel im sizilianischen Taormina Ende Mai dieses Jahres gesagt. Das klingt eher nach Beschwörung als nach einer Strategie, wie Europa mit der Herausforderung Trump fertig werden könnte. Dass der amerikanische Präsident militärisch, politisch und ökonomisch über die Macht verfügt, den Rest der Welt massiv unter Druck zu setzen, daran zweifelt niemand.

Überzeugungsarbeit könnte ein Teil der Strategie sein. Denn letztlich schadet Amerika mit dieser America-first-Politik auch sich selbst. Denn Europa, Japan, China und viele andere Länder werden Trumps Protektionismus nicht tatenlos hinnehmen. „Es wird einen Handelskrieg geben“, ist Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz überzeugt. Doch ein solcher Krieg liegt in niemandes Interesse - auch nicht im amerikanischen. „Trump's Protektionismus ist zum Scheitern verurteilt - denn er setzt an der falschen Stelle an und geht von falschen Voraussetzungen aus. Er gefährdet die USA und die Weltwirtschaft“, sagt Dennis Snower, gebürtiger Amerikaner und Präsident des Instituts für Weltwirtschaft. Heute bestünden „die meisten Produkte in westlichen Ländern aus vielen intermediären Gütern und Dienstleistungen, die länderübergreifend produziert werden. Moderne Produktionsketten kennen keine Grenzen“, sagt der Handelsexperte.

Doch bislang deutet wenig darauf hin, dass Amerika unter Trump auf einen versöhnlicheren oder gar multilateralen Kurs schwenkt. Was sind die Alternativen? Europa könnte sich neue Partner suchen. Der jüngste Abschluss des Handelsabkom-

mens mit Japan ist ein ermutigendes Signal. Auch mit Indien versucht die EU, einen solchen Vertrag zu schließen, auch wenn es in den Verhandlungen zuletzt Rückschläge gab. Kanada, Südkorea, viele südamerikanische Länder brennen darauf, Abkommen mit Europa abzuschließen.

Selbst ein engeres Bündnis mit den Chinesen scheint möglich. Es ist kein Zufall, dass der chinesische Staatspräsident Xi Jinping am Mittwoch den Volkskongress mit den Worten eröffnete: „China wird seine Türen zur Welt nicht schließen.“ Er nannte den Namen Trumps nicht, aber jeder wusste, dass Xi das als Anspielung auf die USA verstanden wissen wollte. Außerdem versprach er einen besseren Marktzugang für westliche Unternehmen und einen fairen Umgang mit Investoren. Bereits in Davos Anfang des Jahres hatte Xi sich als Botschafter des freien Handels inszeniert. „Protektionismus ist, als ob man sich in einem dunklen Raum einschließt. Man ist dann zwar geschützt vor Wind und Regen, aber auch isoliert von Luft und Licht“, sagte er. Das kommunistische China als Hoffnungsträger der kapitalistischen Internationale - auch das hat Trump innerhalb seiner zehnmonatigen Präsidentschaft möglich gemacht.

Natürlich ist China alles andere als ein verlässlicher Bündnispartner. Aber eine Annäherung Europas an den asiatischen und pazifischen Raum könnte ein warnendes Signal an die USA sein.

Noch wirkt Europa schwach - trotz aller Hoffnung, die der neue französische Präsident Emmanuel Macron geweckt hat, der nicht nur sein Land reformieren will, sondern den ganzen Kontinent gleich mit. Die EU ist tief gespalten, zeigt mit dem Brexit erste Auflösungserscheinungen und ist immer noch weit davon entfernt, in ökonomischen und politischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen.

Die eine Lösung für das Problem Trump gibt es nicht. Womöglich muss es eine Kombination aus allen diesen Ansätzen sein. Jedenfalls kommt es einer Selbsttäuschung gleich, darauf zu warten, dass die USA nach Trump wieder in ihre alte Rolle zurückfinden werden. Denn die transatlantische Krise hat nicht mit ihm begonnen, und sie wird nicht mit ihm enden.

Es ist also die Zeit für die Emanzipation Europas von seinem großen Bruder Amerika - ohne ihn freilich aufzugeben. Insbesondere Deutschland hat den USA viel zu verdanken. Sie haben es überhaupt erst möglich gemacht, dass sich ein politisch-moralisch ruiniertes Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg rehabilitieren und in den Westen integrieren konnte. Niemand kann eine Isolation der USA wünschen: Doch jetzt geht es darum, Trump seine Grenzen aufzuzeigen.

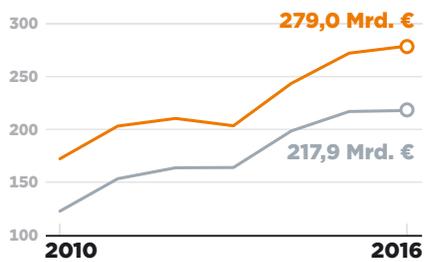
Mathias Brüggmann, Moritz Koch, Jens Münchrath, Torsten Riecke

„  
**Ich denke,  
wir Europäer  
haben unser  
Schicksal  
selbst in der  
Hand.**

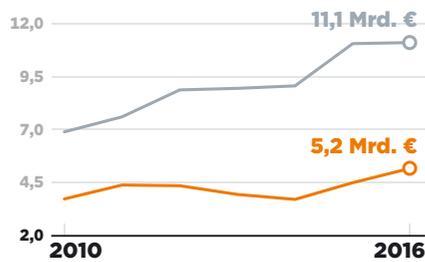
Angela Merkel  
Bundeskanzlerin

**Außenhandel**

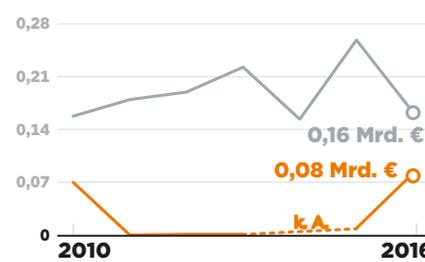
**Handelsvolumen Mexiko** in Mrd. Euro  
USA → Mexiko  
Mexiko → USA



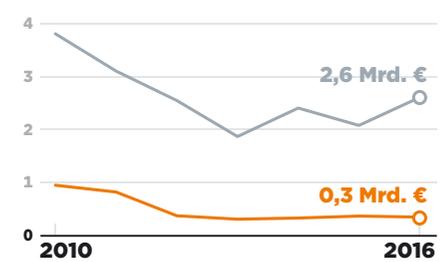
**Deutschland → Mexiko**  
**Mexiko → Deutschland**



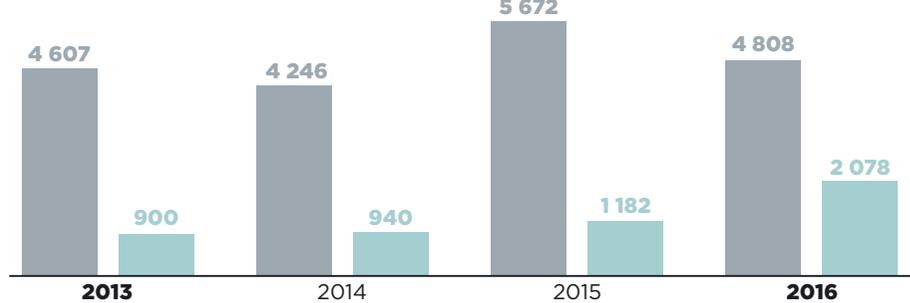
**Handelsvolumen Iran** in Mrd. Euro  
USA → Iran  
Iran → USA



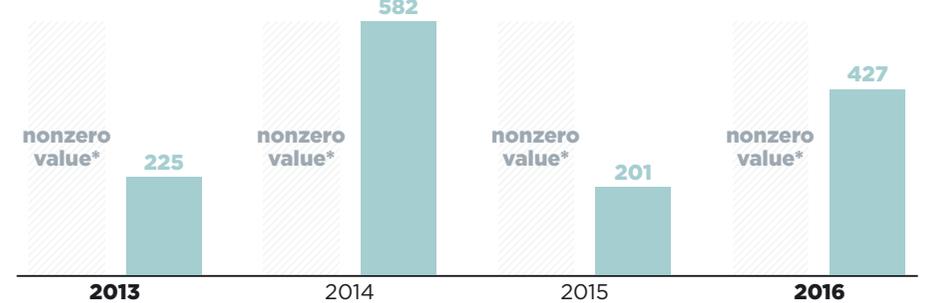
**Deutschland → Iran**  
**Iran → Deutschland**



**Direktinvestitionen nach Mexiko** in Mio. Euro  
USA Deutschland



**Direktinvestitionen nach Iran** in Mio. Euro  
USA Deutschland



HANDELSBLATT // \*Nonzero value zwischen -500 000 US-Dollar und 500 000 US-Dollar

Quellen: United States Census Bureau, Destatis, Deutsche Bundesbank, Bureau of Economic Analysis